

presse

Bevölkerungswachstum der Welt verlangsamen – Klima schützen und Familienplanung fördern

Anlässlich des Weltbevölkerungstages am 11. Juli 2011 erklärt die zuständige Berichterstatterin der Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der SPD-Bundestagsfraktion Karin Roth:

Die Weltbevölkerung wächst rasant: Am 11. Juli, dem Weltbevölkerungstag, erreicht die Weltbevölkerung mit etwa 6.974.000.000 Menschen einen neuen Höchststand. Diese Zahlen sind dramatisch. Und ein Ende des Wachstums ist noch lange nicht in Sicht: Jede Sekunde kommen fast drei Menschen hinzu - das sind etwa 80 Millionen Menschen - einmal Deutschland - im Jahr. Bis zum Jahr 2050 werden voraussichtlich 9,1 Milliarden Menschen auf der Erde leben. Das Bevölkerungswachstum findet fast ausschließlich in den Entwicklungsländern statt und beeinträchtigt in hohem Maße die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung dieser Länder.

Um das Bevölkerungswachstum zu verlangsamen spielen Familienplanung und Frauenförderung zentrale Schlüsselrollen. Nur wenn gezielt Frauen gestärkt werden - dazu gehört neben der Frauenförderung besonders der Zugang zu Familienplanung und Verhütungsmitteln, zu Aufklärung und Bildung - kann das rasante Bevölkerungswachstum gedrosselt werden. Etwa 76 Millionen Frauen in Entwicklungsländern werden ungewollt schwanger. Über 20 Millionen Abtreibungen jährlich sind ein Hinweis darauf, dass notwendige Aufklärung und Verhütungsmittel fehlen.

Frauen übernehmen Verantwortung - im Großen wie im Kleinen, für sich und ihre Familie - wenn sie es können. Umso beschämender ist es, dass die

Bundesregierung die Zielgröße "Gender" mit den Hauptinhalten Frauenförderung und Gleichstellung der Geschlechter, aus den Haushalten 2010 und 2011 entfernte. Im Haushalt 2012 ist sie nicht wieder aufgenommen.

Die Verlangsamung des Bevölkerungswachstums ist heute wichtiger denn je: das Bevölkerungswachstum gefährdet besonders das Weltklima. In diesem Jahr wird wohl die sieben Milliarden-Grenze überschritten. Nach wie vor hungern über eine Milliarde Menschen und durch die Wirtschafts- und Finanzkrise zu befürchten ist, dass es nicht weniger, sondern noch mehr werden. Die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise, aber auch die zunehmende Konkurrenz von Nahrungsmittel- und Biokraftstoffproduktion lassen befürchten, dass die Konflikte dieser Welt zukünftig um Nahrung und Wasser geführt werden. Notwendig ist eine andere Agrarpolitik der Industrieländer und die Abschaffung von Agrarsubventionen, damit die Produkte der Entwicklungsländer Absatzchancen haben. Ein Schlüssel zur Bekämpfung des Hungers ist die Entwicklung der ländlichen Gebiete zur Erhöhung der Eigenversorgung im eigenen Land. Hier muss mehr investiert werden. Nur vier Prozent der weltweiten Entwicklungsausgaben fließen in den Agrarsektor.

Und es ist auch keine Frage, dass die Erreichung aller Millenniumsziele nur dann gelingt, wenn die Industriestaaten ihre Zusagen einhalten. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, die "ODA-Quote" (Anteil der Entwicklungsausgaben bezogen auf das Bruttonationaleinkommen) auf 0,7 Prozent bis 2015 zu steigern und damit ihre internationalen Zusagen zu erfüllen. Noch bleiben vier Jahre bis 2015, um den Ärmsten der Armen zu helfen und die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen.